

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 101. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. September 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Martin Kayenburg (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Hans Müller (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

(überwiesen am 10. September 2008)

Einzelpläne 01, 02 und 03

Fragen der Fraktionen	Antworten der Landesregierung
SPD, Umdrucke 16/3434	Umdruck 16/3464
FDP, Umdruck 16/3438	Umdruck 16/3459
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/3433	Umdruck 16/3458
SSW, Umdruck 16/3443	Umdruck 16/3456

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzelplan 01 - Landtag

hierzu: Umdruck 16/3476

P Kayenburg führt in Einzelplan 01 ein. Der Ältestenrat habe sich in der 34. Sitzung am 11. Juni 2008 und in der 35. Sitzung am 9. Juli 2008 mit dem Haushaltsvoranschlag 2009/2010 befasst und das Benehmen - ohne Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - hergestellt. Zur Vorbereitung der Ältestenratssitzung habe eine Besprechung mit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses und der Vorsitzenden des SSW im Landtag stattgefunden. Die nachträglichen Fragen, die die FDP-Fraktion zum Einzelplan 01 gestellt habe, mit Umdruck 16/3476 beantwortet.

Seit 2005 könne man feststellen, dass es gegenüber dem Vorjahressoll, jeweils bereinigt um die GMSH-Ansätze, immer eine Reduzierung der Haushaltsansätze gegeben habe. 2007 sei zwar einmalig eine Erhöhung festgestellt worden, dieses begründe sich aber aus der Diätenstrukturreform. Von ursprünglich 27 Millionen € im Jahr 2005 ergebe sich für das Jahr 2009 ein Soll in Höhe von 26 Millionen €, allerdings bleibe das Wahljahr mit einem Soll von 27,9 Millionen € bei der Betrachtung außer Acht.

Ein Schwerpunkt in Kapitel 01 01 sei seit dieser Legislaturperiode das Thema Personalkosteneinsparkonzept. Im vorliegenden Haushaltsentwurf 2009/2010 spiegle sich die damalige Entscheidung wider, in der Landtagsverwaltung in Anlehnung an das Personalkosteneinsparkonzeptes der Regierung die Personalkostenansätze bis 2010 um 7,5 % zu reduzieren. Damals habe die Verwaltung eine Projektgruppe eingerichtet, die unter der Leitung von Landtagsdirektor Dr. Schöning das Konzept eng begleitet habe.

Die mit den vorgenannten Reduzierungen einhergehenden Stelleneinsparungen würden im Haushalt 2009/2010 im Stellenplan und in den Stellenübersichten in einem ersten Schritt nunmehr auch realisiert. Die Umsetzung des Konzepts und die neue Organisationsstruktur stünden in einem ganz engen Zusammenhang.

Ein weiterer Schwerpunkt seien die Personalausgaben. Das Personalkosteneinsparkonzept mache gegenüber dem Personalkostenbudget 2008 für das Jahr 2009 eine Einsparung von ungefähr 110.000 €, das seien etwa 2,08 %, und für das Jahr 2010 eine Einsparung von knapp

275.000 €, das seien etwa 5,2 %, aus. Im Personalkostenbudget 2010 werde man die Einsparung wie beschlossen erreicht haben.

Das Personalkosteneinsparkonzept habe zur Erreichung der Einsparquote die aus allen Bereichen geforderten Einsparungen berücksichtigt. Insbesondere in der Abteilung 2 sei im Bereich des Wissenschaftlichen Dienstes der Abbau einer halben Stelle angeboten worden. Die Fraktionen und der Ältestenrat seien allerdings darüber übereingekommen, dass der Wissenschaftliche Dienst im bisherigen Umfang erhalten bleiben solle und diese Einsparung noch einmal, auch im Finanzausschuss, diskutiert werden solle. Aufgrund des Beschlusses im Doppelhaushalt 2009/2010 sei entsprechend der Vorgabe des Personalkosteneinsparkonzeptes diese halbe Stelle als Reduzierung eingebracht. Über die Nachschiebeliste müsse das Budget für die reduzierte halbe Stelle erneut wieder eingeworben werden.

Die Ausbildungsentgelte, die in Titelgruppe 62 - Ausbildungsinitiative des Landtages - veranschlagt seien, gehörten nicht zum Personalkosteneinsparbudget.

Ein weiterer Punkt mache die Maßnahmengruppe 02 - Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen - aus. Im Haushaltsentwurf 2010 würde im Wesentlichen die im Mai 2010 stattfindende Landtagswahl berücksichtigt, und man habe die Summe für diese Maßnahmengruppe gegenüber dem Soll 2008 um 1,7 Millionen € erhöht. Schwerpunktartig ergeben sich diese Mehrausgaben daraus, dass man angenommen habe, dass mit Ende dieser Legislaturperiode etwa 20 Abgeordnete, also knapp ein Drittel der Abgeordneten, ausscheiden würden.

Des Weiteren führt der Landtagspräsident aus, dass es nach Auffassung der Landtagsverwaltung bezüglich der Gesamthaushaltssituation zielführender sei, im Haushaltsvollzug nachzusteuern, wenn es erforderlich werden müsste, und nicht jetzt in jedem Punkt auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Dasselbe gelte im Übrigen auch für die Maßnahmengruppe 05 - Fraktionsmittel.

P Kayenburg verweist auf die neue Maßnahmengruppe 06 - Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Parlamentspartnerschaften, Verfügungsmittel. Diese wurde aufgrund einer Veranschlagung des Landesrechnungshofs eingerichtet. Alle in Kapitel 01 01 bestehenden Titeldiensten im weitesten Sinne dem gleichen Zweck, sodass sie in dieser Maßnahmengruppe zusammenfassend dargestellt würden. Durch die Zusammenführung entstünden keine Mehrausgaben, die Titel seien hier lediglich eins zu eins verschoben.

Zur Ausbildungsinitiative äußert sich P Kayenburg dahin gehend, dass im Jahre 2007 mit der Ausbildung begonnen worden sei. Die geplante Ausbildungsstärke von sechs Auszubildenden sei erreicht worden. Diese Stellen sollten ab 2009 durchgehend besetzt werden, und es sei eine Volontariatsstelle vorgesehen, die auch hier anzusiedeln sei. Denn im Hinblick auf die Bezüge der Volontariatsstelle werde deutlich, dass es sich hier um eine Ausbildungsstelle handle.

Das Kapitel für den „Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung“ werde neu eingefügt. Heute werde der Sozialausschuss darüber beraten, wie die Einbindung in Einzelplan 01 und die künftige Anbindung des wirklich eigenständigen und völlig unabhängigen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung geschehen solle. Das sollte gegebenenfalls über die Nachschiebeliste umgesetzt werden, sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Zuordnung als auch gegebenenfalls hinsichtlich gewisser materieller Fragen.

Abschließend bemerkt P Kayenburg zum Erläuterungstext der Maßnahmegruppe 02 - Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene -, dass dort noch nicht die Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes habe berücksichtigt werden können, weil es eine Überschneidung zwischen Redaktionsschluss für Haushaltsänderungen und Veröffentlichung der Gesetzesänderungen gegeben habe. Materiell-rechtlich bedeute dies keine Änderung, nur in den Erläuterungen müssten die entsprechenden Hinweise noch angegeben werden.

Nachfragen zu Einzelplan 01 werden nicht gestellt.

Einzelplan 02 - Landesrechnungshof

VP Dopp stellt die Änderungen in Einzelplan 02 für den Doppelhaushalt 2009/2010 vor.

Der Haushalt sei sehr übersichtlich, er bestehe zu nahezu 80 % aus Personalkosten. Der Landesrechnungshof habe sich mit den Ressorts solidarisch erklärt und die Vorgaben des Personalkosteneinsparkonzeptes ebenso eingehalten wie auch die Personaleinsparvorgaben für die Mehrarbeit und die Neuregelung der Sonderzuwendungen im Bereich der Beamtinnen und Beamten.

Dies führe im Ergebnis dazu, dass der Haushaltsentwurf 2009 mit einer Einsparung in Höhe von 227.900 € gegenüber dem Jahr 2008 abschließe. Davon entfielen gut 117.000 € auf Personalkosteneinsparungen und 110.000 € auf Sachausgaben. Die größte Reduzierung der Sachausgaben in Höhe von rund 100.000 € im Verhältnis zum Jahr 2008 ergebe sich aus dem Minderbedarf in Maßnahmegruppe 05, in der unter anderem die Kosten für Bürokommunikation hätten gesenkt werden können. Auch die Einführung des IT-Systems „IKOTECH + 1“ sei landesweit verschoben worden.

Im Haushaltsjahr 2010 würden die Ausgaben im Verhältnis zum Jahr 2009 noch einmal um 171.800 € reduziert werden, darin enthalten seien weitere 168.300 € Einsparungen bei den Personalkosten. Der Landesrechnungshof habe die Einsparvorgaben des Personalkosteneinsparkonzeptes erfüllt und sei damit in Vorleistung getreten. Man werde allerdings nach wie vor genau beobachten, ob auch die übrigen Ressorts ihre Hausaufgaben auf diesem Gebiet erledigten werden, gegebenenfalls werde der Rechnungshof seine Haushaltsansätze dann den Landesgepflogenheiten anpassen müssen.

Abg. Heinold erkundigt sich nach der Höhe der Ist-Ausgaben 2008.

Abg. Astrup fragt nach Überlegungen, aus der angemieteten Liegenschaft in der Hopfenstraße in eine landeseigene Liegenschaft umzuziehen.

VP Dopp verneint diese Frage und teilt mit, man verhandle mit der Deutschen Bundesbank als Eigentümerin über einen neuen Mietvertrag.

Der Finanzausschuss bittet den Rechnungshof, ihn über die Dauer des noch laufenden Mietvertrages, den Quadratmeterpreis, die Höhe der Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie das Verhandlungsergebnis mit der Bundesbank zu unterrichten.

Eine Frage von Abg. Heinold zu Titel 526 99 beantwortet VP Dopp dahin, die Kosten für Sachverständige und Gutachten, auf die der Rechnungshof angewiesen seien, sei nur schwer vorauszusagen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der für die Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2006 vorgesehene Termin am 6. November 2008 verschoben werden müsse.

Einzelplan 03 – Ministerpräsident, Staatskanzlei

St Maurus führt in die Kapitel 03 01 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - und 03 02 - Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein in Berlin - ein. In diesem Einzelplan spiegeln sich die Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung für den Haushalt sehr deutlich wider. Anhand einer Grafik erläutert St Maurus, dass erhebliche Einsparbemühungen festzustellen seien.

Der Haushalt des Ministerpräsidenten – Kapitel 03 01 - sei von kontinuierlichen Einsparungen gekennzeichnet. Im Gesamtergebnis würden die Ausgaben von 54.967.000 € im Jahr 2008 auf 54.128.000 € im Jahr 2009 und 52.420.000 € im Jahre 2010 sinken.

Die Mehrzahl der Ansätze im Sachmittelbereich sei gewollt worden. Eine Reihe von Ansätzen sei weiter zurückgefahren worden, zum Beispiel der Titel „Repräsentationsmittel“ um 30.000 €, der Titel „Öffentlichkeitsarbeit“ um 20.000 €, „Zukunftsentwicklung“ um 30.000 € im Jahr 2009 und um 40.000 € im Jahr 2010 sowie der Verfügungsfonds um 15.000 € im Jahr 2009 und 24.000 € im Jahr 2010. Gerade die hier angesprochenen Mittel Verfügungsfonds, Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentationsmittel des Ministerpräsidenten würden sehr stringent gehandhabt, und der Ministerpräsident habe sich ausdrücklich vorbehalten, die Entscheidungen über die Ausgaben aus dem Verfügungsfonds mitzutreffen.

Die Sachkostenrücklage betrage im Jahr 2008 430.000 €. Hier habe man im Jahr 2008 rund 100.000 € für die teilweise Deckung der globalen Minderausgaben verwendet. Für die Ausstattung in Haus B und die Ausstattung der Projektgruppe Koordination Personaldienste, die mit Hamburg gemeinsam ihre Arbeit begonnen habe, seien im Jahr 2009 Mittel vorgesehen. Ebenso habe man für Unternehmungen beim Schleswig-Holstein-Tag 2008 im Jahr 2008 Mehrbedarf zur Verfügung gestellt.

Im Personalhaushalt würden die Einsparvorgaben des Finanzministeriums erfüllt: 249.000 € Einsparungen im Budget 2009 gegenüber dem Budget 2008 und 864.000 € im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2010. Hinzu kämen im Bereich der Beamtenschaft Einsparungen durch die Erhöhung der Arbeitszeit in Höhe von 35.800 €. Bei den Planstellen und Stellen wirkten sich die Einsparungen folgendermaßen aus: Im Jahr 2009 würden 13 Planstellen und Stellen sowie im Jahr 2010 weitere zehn Planstellen und Stellen eingespart, insgesamt 23.

Im Bereich des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei inklusive Landesvertretung - würden die Einsparvorgaben im Rahmen des Personaleinsparkonzeptes von 7,5 % bis 2010 erreicht werden. Hierzu seien eine ganze Reihe von einschneidenden Maßnahmen eingeleitet worden, die in diesem Doppelhaushalt greifen würden.

In der Staatskanzlei sei die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sowie in der Landesvertretung ab 2009/2010 die Stelle des Dienststellenleiters B7 eingespart worden. Dort habe man mit der Rotation des Personals begonnen. Die ersten Umsetzungen würden ebenfalls im Jahr 2009 stattfinden.

Auch im nachgeordneten Bereich erreiche man die vorgegebenen Einsparvorgaben in Höhe von 15 % in allen Bereichen, allerdings nur unter Nutzung der Personalkostenrücklage. Seit 2000 seien im nachgeordneten Bereich Personalreduzierungen durchgeführt worden. Wenn jedoch weiter in den Personalbestand eingegriffen werde, sei eine ordnungsgemäße Durchführung der Aufgaben nicht mehr gewährleistet. Die Rechtslage müsse geändert werden, sonst wäre es nicht verantwortbar, dort weitere Stellen zu streichen.

Abg. Heinold kritisiert, dass das Personalkostenbudget der Staatskanzlei zwar um 500.000 € gesenkt werde, aber gleichzeitig 1,4 Millionen € aus der Personalkostenrücklage in Anspruch genommen würden, sodass die Personalkosten der Staatskanzlei real um 900.000 € anstiegen.

AL Hoppe erläutert, die im Budget veranschlagten Personalkosten würden in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 ungefähr um 1,1 Millionen € reduziert. Von der Rücklage in Höhe von 1,3 Millionen € gehe ein Betrag von 300.000 € nicht in Personalkosten, sondern in den Zukunftspakt. 233.000 € für nachgeordnete Dienststellen fielen temporär an, weil die für die 15-prozentige Einsparung erforderliche Zahl der Altersabgänge noch nicht habe realisiert werden können. 100.000 € stünden für den Planungsbereich befristet zur Verfügung. 450.000 € würden für die Kooperation der Personaldienste mit Hamburg benötigt; diese zusätzliche Aufgabe könne nicht aus dem Personalbestand der Staatskanzlei geleistet werden.

Der Finanzausschuss erwartet, zeitnah über den Stand des Projekts PERMIS und daraus entstehende Haushaltsentlastungen unterrichtet zu werden. Er bittet die Landesregierung, die Entwicklung der Personalkostenbudgets für alle Häuser in den Jahren 2008, 2009 und 2010 aufzuzeigen, auch inklusive der in Anspruch genommenen Personalkostenrücklagen.

Abg. Heinold nimmt die Haushaltsstelle 529 02 - Repräsentationsmittel - zum Anlass, das Finanzministerium zu bitten, künftig auch in den Erläuterungen die Haushaltsansätze des laufenden Jahres aufzunehmen.

St Maurus bejaht eine Frage des Vorsitzenden, an der mit dem Finanzausschuss besprochenen Entwicklung der Kosten für die Herrichtung von Haus B habe sich nichts geändert.

Der Vorsitzende wiederholt seine Kritik an der Ermächtigung in § 14 Abs. 12 des Haushaltsgesetzes, dass die Staatskanzlei Personalstellen und Stellen heben könne.

St Maurus begründet die Flexibilität bei der Stellenbewirtschaftung mit dem spezifischen Auftrag der Staatskanzlei.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer